

Gemeinsame Erklärung der japanischen Ministerpräsidentin und des deutschen Bundeskanzlers

28. Oktober 2026

Bilaterale Zusammenarbeit

(Kontext)

1. Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Friedrich Merz, besuchte am 28. und 29. Oktober 2026 Japan. Ministerpräsidentin Takaichi Sanae und Bundeskanzler Merz kamen am 28. Oktober 2026 in Tokyo zu einem Gipfeltreffen zusammen. Die beiden Regierungschefs begrüßten die stetigen Fortschritte in den bilateralen japanisch-deutschen Beziehungen auf Grundlage der Gemeinsamen Erklärung der ersten japanisch-deutschen Regierungskonsultationen vom März 2023.
2. In einer Zeit des rapiden geopolitischen und geoökonomischen Wandels bekräftigten die beiden Regierungschefs zum einen die Notwendigkeit, noch enger mit Verbündeten und gleichgesinnten Ländern zusammenzuarbeiten, und zum anderen die Bedeutung der Bewahrung grundlegender Werte wie Freiheit, Demokratie, freier und fairer Handel, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.
3. Die beiden Regierungschefs erkannten die gemeinsamen strategischen Herausforderungen (Sicherheit, Verteidigung, wirtschaftliche Sicherheit, technologische Innovation und weitere globale Fragen einschließlich Klima- und Umweltschutz) an, denen es sich zu stellen gilt, wenn Freiheit, Frieden und Wohlstand in Japan, Deutschland und der Welt mittel- bis langfristig gewahrt werden sollen; sie bekräftigten ferner die Beziehungen zwischen Japan und Deutschland als „Premiumpartner“.
4. In der Erkenntnis, dass Sicherheit und Wohlstand im euroatlantischen und indopazifischen Raum immer stärker zusammenhängen, teilten die beiden Regierungschefs die Auffassung, dass es wichtig ist, die Zusammenarbeit ihrer Länder im Einklang mit dem aktualisierten japanischen Konzept für die Verwirklichung eines freien und offenen Indopazifiks (FOIP) und der Leitlinien der deutschen Bundesregierung zum Indo-Pazifik zu verstärken.
5. Vor dem Hintergrund rasanter technologischer Innovation und immer größerer Besorgnis darüber, dass wirtschaftlicher Zwang sich erheblich auf Sicherheit und Wohlstand weltweit

Höflichkeitsübersetzung der Gemeinsamen Erklärung der japanischen Ministerpräsidentin und
des deutschen Bundeskanzlers

auswirkt, betonten die beiden Regierungschefs, dass Japan und Deutschland als „Premiumpartner“ einander auf unverzichtbare Weise ergänzen, und erneuerten ihr unerschütterliches Bekenntnis zum Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen wirtschaftliche Sicherheit und Spitzentechnologien; dabei begrüßten sie die Veröffentlichung zweier entscheidender, einander ergänzender Dokumente – der gemeinsamen Erklärung der Regierungschefs von Japan und Deutschland zur Zusammenarbeit im Bereich Spitzentechnologien sowie jener zur Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit – anlässlich des Besuchs von Bundeskanzler Merz im Oktober 2026 in Japan.

(Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit)

6. Im Lichte eines zunehmend von Herausforderungen geprägten überregionalen sicherheitspolitischen Umfelds bekräftigten die beiden Regierungschefs ihre Bereitschaft, mehr Verantwortung für Frieden und Stabilität zu übernehmen. Zu diesem Zweck kamen sie überein, dass beide Seiten darauf hinarbeiten werden, ihre Verteidigungsbereitschaft und ihre rüstungsindustrielle Basis auszubauen. Sie bekennen sich unverändert zu Partnerschaft und Demokratie, zum Multilateralismus und zur internationalen Ordnung auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit.
7. In Anerkennung ihrer gemeinsamen Werte und strategischen Interessen begrüßten beide Regierungschefs die Vertiefung der Zusammenarbeit ihrer Verteidigungsbehörden in den vergangenen Jahren, darunter die wechselseitige Bereitstellung von Mitteln und eine wachsende Zahl bilateraler Übungen, die eine solide Grundlage für ihre bilateralen Partnerschaften gelegt haben.
8. Um die strategische Abstimmung weiter zu verbessern und zielführende politische Diskussionen auf hoher Ebene zu gewährleisten, beschlossen sie darüber hinaus, die nächsten japanisch-deutschen 2+2-Konsultationen zwischen ihren jeweiligen Ministerien für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung frühzeitig einzuberufen. Beide Seiten würdigten die laufenden Bemühungen um Fortschreibung/Überarbeitung ihrer jeweiligen Nationalen Sicherheitsstrategien, was zu einer verstärkten Zusammenarbeit gleichgesinnter Staaten bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Region und darüber hinaus beitragen würde.
9. Bundeskanzler Merz begrüßte ferner die Überprüfung der „Drei Grundsätze für die Weitergabe von Wehrmaterial und Wehrtechnologie“ und der entsprechenden Durchführungsrichtlinien durch Japan. Beide Regierungschefs äußerten die Erwartung, dass dieser Schritt die Zusammenarbeit beider Länder in der Rüstungsindustrie weiter vertiefen würde.

Höflichkeitsübersetzung der Gemeinsamen Erklärung der japanischen Ministerpräsidentin und
des deutschen Bundeskanzlers

10. Die beiden Regierungschefs bekräftigten ihre Entschlossenheit, das Ökosystem der Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung auf der Grundlage des japanisch-deutschen Abkommens über die gegenseitige Bereitstellung von Sach- und Dienstleistungen, des Abkommens über den Geheimschutz und des Abkommens über die Weitergabe von Wehrmaterial und Wehrtechnologie weiter voranzutreiben. Im Geiste dessen werden sie Möglichkeiten und Foren weiter ausloten, um die operative Zusammenarbeit, wie beispielsweise gemeinsame Übungen der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte und der deutschen Bundeswehr, auszubauen und zu erleichtern.
11. Die beiden Regierungschefs bekräftigten die Notwendigkeit, auf Veränderungen des Sicherheitsumfelds zu reagieren, darunter zunehmend schwere Bedrohungen einschließlich hybrider Angriffe und technologischer Innovationen, die in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Sie kamen daher überein, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie und -technologie in Bereichen von gemeinsamem Interesse, wie unbemannte Systeme, zu fördern. Sie begrüßten die jüngste Dynamik des Austauschs unter Rüstungsunternehmen sowie Initiativen zur Anregung von Start-up-Kooperationen mit dem Ziel der Förderung von Innovationen.
12. Inmitten eines sich verstärkenden internationalen Wettstreits um Narrative und Bilder gehören zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen, die es anzugehen gilt, neben den traditionellen Bereichen Land, See und Luft auch der Weltraum und der Cyberraum sowie der kognitive Bereich. Die beiden Regierungschefs beschlossen daher, den bilateralen Dialog und die bilaterale Zusammenarbeit bei der strategischen Kommunikation und der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (FIMI) zu vertiefen. Als gleichgesinnte Partner stehen Deutschland und Japan vor ähnlichen Bedrohungen sowohl ihrer demokratischen Prozesse und als auch einer freien und resilienten Informationsumgebung durch FIMI-Akteure. Diese Bedrohungen haben sich mit dem wachsenden Einfluss der sozialen Medien und der rapiden Entwicklung der generativen KI verschärft, und sie treten immer häufiger im Zusammenhang mit hybriden Bedrohungen auf. Die beiden Regierungschefs teilten die Auffassung, dass das Erkennen von Mustern und die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz von entscheidender Bedeutung sind. Zu diesem Zweck werden beide Seiten Bewertungen der Bedrohungslage, Methoden und bewährte Verfahren austauschen, darunter zu proaktiver, faktenbasierter Kommunikation, die die Möglichkeiten der Manipulation einschränkt (pre-bunking), und zu gelassenen, faktenbasierten Reaktionen auf falsche oder manipulierte Informationen (debunking) unter Achtung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung. Beide Seiten werden auch in Zukunft eng in multilateralen Foren wie dem

Höflichkeitsübersetzung der Gemeinsamen Erklärung der japanischen Ministerpräsidentin und des deutschen Bundeskanzlers

G7-Krisenreaktionsmechanismus (RRM) und den europäischen und indopazifischen Partnern (EIPP) zusammenarbeiten.

13. Die beiden Regierungschefs bekannten sich zum Ausbau der Abwehr im Cyberraum durch Stärkung und Konsolidierung der langfristigen Zusammenarbeit im Cyberbereich im Rahmen der deutsch-japanischen Konsultationen zur Cybersicherheit. Sie betonten ferner die Bedeutung der fortdauernden gemeinsamen Bemühungen um Stärkung der Resilienz der kritischen Infrastruktur gegenüber dem gesamten Spektrum der Cyberbedrohungen, denen Japan und Deutschland ausgesetzt sind.

Handel, Wirtschaft und Technologie

14. Die beiden Regierungschefs unterstrichen die Bedeutung der Sicherung und Förderung der regelbasierten freien, offenen und gerechten internationalen Wirtschaftsordnung und bekannten sich zur weiteren Stärkung der engen bilateralen Wirtschaftsverflechtungen sowie zu ihrer wirtschaftlichen und strategischen Partnerschaft im Japan-EU-Rahmen. Sie kamen überein, in der WTO und in anderen Foren für einen regelbasierten Handel mit gleichgesinnten Partnern zusammenzuarbeiten, um das regelbasierte multilaterale Handelssystem zu wahren, zu stärken und zu reformieren, die kontinuierliche, wirksame und vollständige Umsetzung des Abkommens zwischen der EU und Japan über eine Wirtschaftspartnerschaft zu unterstützen sowie die Zusammenarbeit zwischen der EU und den CPTPP-Ländern zu vertiefen, um die offene, regelbasierte internationale Wirtschaftsordnung sowie Handelsregeln und -normen mit hohen Standards als Antwort auf globale handelspolitische Herausforderungen zu fördern.
15. Die beiden Regierungschefs beschlossen, Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Länder angesichts gemeinsamer geopolitischer Herausforderungen eng abzustimmen. Sie bekannten sich zur Zusammenarbeit bei der Aufrechterhaltung der Konnektivität, Offenheit und Resilienz der japanisch-deutschen Lieferketten und bei der Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für gleichgesinnte Partner. Im Grundsatz bekundeten die beiden Regierungschefs ihre Unterstützung für einen „Made with“-Ansatz anstelle eines „Made in“-Ansatzes. Zu diesem Zweck bekräftigten sie ihre Absicht, mit Blick auf die jeweilige Politik Japans und der EU eng zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Interessen sowohl Japans als auch der EU als bewährte Partner, zum Beispiel bei Maßnahmen zur Unterstützung der Industrie in strategischen Sektoren, grundsätzlich und wechselseitig Berücksichtigung finden.
16. Sie nahmen die vielen gemeinsamen Prioritäten zur Kenntnis, die sich unter anderem in der japanischen Wachstumsstrategie und der Hightech Agenda Deutschland widerspiegeln, und

Höflichkeitsübersetzung der Gemeinsamen Erklärung der japanischen Ministerpräsidentin und
des deutschen Bundeskanzlers

ermutigten zu weiteren Kooperationsprojekten in den jeweiligen Bereichen sowie auf Gebieten wie wirtschaftliche Sicherheit, Energie und digitale Vernetzung einschließlich AI, Beyond 5G/6G und Start-ups.

17. Darüber hinaus betonten beide Seiten die Bedeutung der industriellen Zusammenarbeit als tragender Säule, zum Beispiel im Bereich Rohstoffe oder Halbleiter, wo Kooperation und Koordination verstärkt werden sollen.
18. Beide Regierungschefs nahmen die jüngsten KI-bezogenen Vorfälle zur Kenntnis und waren sich einig hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen dem japanischen Institut für KI-Sicherheit und der deutschen KI-Sicherheitsbehörde AISI.
19. Die beiden Regierungschefs äußerten sich sehr besorgt angesichts der zunehmenden Anwendung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen wie willkürliche Exportbeschränkungen und Vergeltungsmaßnahmen im Bereich kritischer Mineralien und lehnten nicht marktorientierte Strategien und Praktiken (NMPP), die zu Überkapazität und Marktverzerrungen führen und damit unsere wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz untergraben, ab. Sie betonten, wie wichtig die Aufrechterhaltung einer freien und fairen Wirtschaftsordnung, die Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit und die verbesserte Resilienz ihrer Volkswirtschaften sowohl für Japan als auch für Deutschland sind.
20. Die beiden Regierungschefs unterstrichen, dass Zusammenarbeit und Austausch im Bereich Spitzentechnologien, darunter Weltraum und Fusionsenergie, ein Grundpfeiler der bilateralen Beziehungen sind. Die beiden Regierungschefs beabsichtigen gemeinsam die bilaterale Zusammenarbeit und Abstimmung in diesem Bereich wie in ihrer Erklärung zur Zusammenarbeit im Bereich Spitzentechnologien niedergelegt weiter zu verstärken.
21. Bundeskanzler Merz lud Japan ein, 2028 Partnerland der HANNOVER MESSE zu werden. Ministerpräsidentin Takaichi nahm die Einladung erfreut an und erklärte, dass Japan sich mit einem Thema beteiligen werde, das seine Position als führende Technologienation widerspiegelt.

Sonstiges

22. Die beiden Regierungschefs begrüßten die kürzlich erfolgte Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Außenministerium von Japan und dem deutschen Auswärtigen Amt in Bezug auf den Schutz von japanischen und deutschen Staatsangehörigen im Ausland, in der die beiden Länder ihr Bekenntnis dazu erneuerten, den

Höflichkeitsübersetzung der Gemeinsamen Erklärung der japanischen Ministerpräsidentin und
des deutschen Bundeskanzlers

Informationsaustausch in Friedenszeiten zu verstärken und die gegenseitige Hilfe in Krisenzeiten auszuweiten, um die Sicherheit ihrer Staatsangehörigen im Ausland zu gewährleisten.

23. Die beiden Regierungschefs werden den intellektuellen Austausch beider Länder fördern, und zwar über die weitere Nutzung des Deutsch-Japanischen Forums, in dessen Rahmen Intellektuelle verschiedener Gebiete mit dem Ziel, die Beziehungen zu stärken und das gegenseitige Verständnis zu verbessern, miteinander ins Gespräch kommen, sowie des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin, das als Drehscheibe für den japanisch-deutschen Austausch über ein breites Spektrum von Wissenschaft über Wirtschaft und Politik bis hin zu gesellschaftlichen Fragen und Kultur fungiert.

Regionale und globale Themen

24. Die beiden Regierungschefs äußerten sich ernsthaft besorgt über die Lage im Ost- und Südchinesischen Meer. Sie bekräftigten ihre entschiedene Ablehnung einseitiger Versuche der gewaltsamen oder erzwungenen Änderung des Status quo überall auf der Welt. Sie betonten, wie wichtig die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der gesamten Straße von Taiwan ist, und ermutigten zu einer friedlichen Lösung der diesbezüglichen Probleme. Sie bekräftigten, dass seerechtliche Streitigkeiten friedlich und im Einklang mit dem Völkerrecht beigelegt werden müssen, wie es im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) Ausdruck findet.
25. Die beiden Regierungschefs äußerten sich zutiefst besorgt über Nordkoreas Programme zur Entwicklung von Kernwaffen und ballistischen Raketen und erneuerten ihr Bekenntnis zur vollständigen, nachprüfbaren und unwiderruflichen Entnuklearisierung Nordkoreas im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats (VNSR). Sie bekundeten ihre ernste Sorge über Nordkoreas böswillige Cyberaktivitäten einschließlich des Diebstahls von Kryptowährung und der Aktivitäten seiner IT-Fachkräfte sowie über die zunehmende militärische Zusammenarbeit des Landes mit Russland; sie bekundeten ferner, dass diese Themen gemeinsam angegangen werden müssen. Sie riefen Nordkorea mit Nachdruck auf, die Frage der Entführungen unverzüglich zu klären.
26. Die beiden Regierungschefs verurteilten Russlands unprovokierte, ungerechtfertigte Aggression gegen die Ukraine, die unermessliches menschliches Leid verursacht und verheerende Folgen unter anderem – aber nicht nur – für die Sicherheit der Wirtschaft, der Energie und der Umwelt der Ukraine hat. Sie erneuerten ihren Aufruf an Russland, seine Aggression gegen die Ukraine umgehend zu beenden und eine umfassende, sofortige und bedingungslose Waffenruhe

Höflichkeitsübersetzung der Gemeinsamen Erklärung der japanischen Ministerpräsidentin und
des deutschen Bundeskanzlers

umzusetzen. Sie bekräftigten ihre unerschütterliche Unterstützung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und bekundeten ihre Bereitschaft, bei Anstrengungen zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens sowie mit Blick auf die wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau der Ukraine eng zusammenzuarbeiten. Die beiden Regierungschefs hoben hervor, wie wichtig es ist, die Unterstützung der Ukraine fortzusetzen und über Mechanismen wie die Geberplattform für die Ukraine zu koordinieren. Sie erkannten an, wie wichtig es ist, der ukrainischen Energiewirtschaft vor dem kommenden Winter Soforthilfe zukommen zu lassen. Sie brachten ihre Absicht zum Ausdruck, die Reformanstrengungen der Ukraine weiter zu unterstützen und Beiträge des Privatsektors für den Wiederaufbau der Ukraine zu mobilisieren. Die beiden Regierungschefs teilten ferner die Auffassung, dass weder Staaten, die die russische Kriegsmaschinerie finanziert oder beliefert haben, noch Gebietseinheiten solcher Staaten das Recht haben, vom Wiederaufbau der Ukraine zu profitieren. Sie sind weiterhin entschlossen, Druck auf Russland auszuüben, bis es den klaren politischen Willen unter Beweis stellt, sich in ernsthafte Verhandlungen im Hinblick auf einen gerechten und dauerhaften Frieden einzubringen.

27. Die beiden Regierungschefs erneuerten ihr Bekenntnis zu dauerhaftem Frieden und nachhaltiger Stabilität im Nahen Osten. Sie bekräftigten, wie wichtig eine frühzeitige Deeskalation der Lage im Umfeld Irans durch diplomatische Lösungen ist, und riefen Iran auf, seine Angriffe auf Schiffe und auf Länder der Region einzustellen und die größtmögliche Flexibilität an den Tag zu legen, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Sie betonten, wie wichtig es ist, die freie und sichere Schifffahrt durch die Straße von Hormus und die Meerenge Bab al-Mandab zu gewährleisten und so stabile Lieferketten für Energie und weitere wesentliche Güter sowie das Völkerrecht, wie es insbesondere im SRÜ Ausdruck findet, aufrechtzuerhalten. Sie verurteilen auf das Schärfste die von den Huthi verursachte nicht hinnehmbare Eskalation vor Ort, die das humanitäre Leid weiter verschärft, sowie die fortgesetzten Angriffe der Huthi auf das Königreich Saudi-Arabien, insbesondere jene, die sich gegen die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur richten. Sie betonten die zwingende Notwendigkeit, den umfassenden Plan für Gaza voranzubringen und dem Bekenntnis zu einer auf dem Verhandlungsweg erzielten Zweistaatenlösung gerecht zu werden. Sie bekräftigten, dass fortgesetzte diplomatische Bemühungen unerlässlich sind, um die Stabilität so früh wie möglich wiederherzustellen und Frieden in der Region herbeizuführen.
28. Im multilateralen Bereich erneuerten die beiden Regierungschefs ihr Bekenntnis zur engen Zusammenarbeit mit den anderen G4-Staaten zugunsten einer dringenden Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, auch durch die Ausweitung sowohl der Kategorie der

Höflichkeitsübersetzung der Gemeinsamen Erklärung der japanischen Ministerpräsidentin und
des deutschen Bundeskanzlers

ständigen als auch der nichtständigen Mitgliedschaft – was durch die Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützt wird –, um die aktuellen geopolitischen Gegebenheiten angemessen widerzuspiegeln. Sie bekundeten ihre Entschlossenheit zur frühestmöglichen Umsetzung der VNSR-Reform durch die Erarbeitung eines konsolidierten Modells, das die Stimme der Mehrheit der Mitgliedstaaten angemessen widerspiegelt, und durch die Aufnahme textbasierter Verhandlungen im Rahmen der Regierungsverhandlungen (IGN).

29. Die Regierungschefs bekräftigten ferner ihre fortgesetzte und unerschütterliche Unterstützung der internationalen Rechtsprechungsorgane.
30. Sie verliehen ihrer Unterstützung für ein starkes, wirkmächtiges und finanziell gut ausgestattetes multilaterales Entwicklungssystem Ausdruck und haben ein gemeinsames Interesse an einer kohärenteren, effizienteren und stärker wirkungsorientierten VN-Entwicklungsarchitektur. Sie erneuerten ihr nachdrückliches Bekenntnis zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und zu ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung.

Schlussfolgerung

31. Bundeskanzler Merz lud Ministerpräsidentin Takaichi ein, Deutschland so bald wie möglich zu besuchen. Die beiden Regierungschefs kamen überein, die zweiten japanisch-deutschen Regierungskonsultationen zeitnah anzusetzen, und peilen einen Termin im kommenden Jahr in Berlin an.